

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 3

Artikel: Die internationale Rundschau

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Spanien: Regierung gegen Arbeitslose

■■■ Rund 15% aller SpanierInnen sind arbeitslos, rund 25% sind, nach Caritas, arm: Sevilla- und Barcelona-Jet-set ist nur eine Hülle. Und nun hat die Regierung von Felipe Gonzales gegen die Arbeitslosen die Keule geschwungen. Bisher gaben 6 Monate Arbeit Anrecht auf 3 Monate Arbeitslosenunterstützung. Nach neuem Dekret ist eine Beschäftigungsduer von einem Jahr nötig, um Arbeitslosengeld zu beziehen. Gleichzeitig wurden Höhe und Dauer der Unterstützung gekürzt. Gleichzeitig nimmt die Tendenz zu nur während beschränkter Zeit geltenden Arbeitsverträgen zu. JedeR dritte spanische ArbeitnehmerIn hat nur einen auf ein paar Monate beschränkten Arbeitsvertrag. So vermehrt eine noch dem Namen nach sozialistische Regierung gegen die Gewerkschaften, die mittels einem Generalstreik protestierten, die Armut im Lande. ■■■

Quelle: Der Gewerkschafter 6, 92

Österreich: Freie Fahrt für Lehrlinge

■■■ und dies gilt hier wörtlich. Denn ab dem 1. September können Lehrlinge die öffentlichen Verkehrsmittel für den Weg von und zur Arbeitsstätte kostenlos benutzen. Möglich machte die entsprechende Änderung des Familienkostenausgleichsgesetzes die beharrliche Initiative der ÖGB-Jugend. ■■■

Quelle: Hallo 6, 92

Japan: Metaller erreichen 4,8% mehr Lohn

■■■ Die japanischen Metallgewerkschaften erzielten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4,8%. Erstmals seit mehreren Jahren erwirkten sie weniger als 5% Jahreserhöhung. Das Resultat liegt über der Teuerungsrate Japans und entspricht somit einer Reallohnerhöhung. Die japanischen Metallgewerkschaften konzentrierten sich auf die Arbeitszeitverkürzung. Die Regierung sagte zu, sie werde ein Gesetz verabschieden, das die Arbeitswoche von 44 auf 40 Stunden senkt. ■■■

Quelle: IMB-Nachrichten 4, 1992

Tschad: Streik gegen Lohnkürzung mit Steuererhöhung

■■■ Der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) hat die Regierung des Tschad aufgefordert, ihren Beschluss zur Senkung der Gehälter um 10 bis 20% für verschiedene Gruppen von Angestellten sowie die Heraufsetzung der Einkommenssteuer um denselben Betrag zurückzunehmen. Die Beschäftigten, die in der IBFG-Mitgliedorganisation des Tschad, UST, organisiert sind, befinden sich seit dem 27. Juli aus Protest gegen diese Massnahmen im Streik. «Die streikenden Beschäftigten können auf die volle Unterstützung des IBFG zählen», erklärte IBFG-Generalsekretär Enzo Friso dem Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, am 28.

Juli. Die Löhne und Gehälter in den staatlichen Betrieben und im privaten Sektor dieses Landes sind seit 1969 unverändert geblieben, im öffentlichen Dienst sind sie seit 1986 nicht mehr geändert worden. ■■■

Quelle: IBFG-Nachrichten 3, 1992

Deutschland: Die Schwächen des Starken

■■■ Für die IG Metall ist die Rekrutierung von Angestellten nach Aussagen ihres Vorsitzenden Franz Steinkühler eine «Überlebensfrage». Laut Steinkühler entspricht die soziale Struktur der IG Metall-Mitgliedschaft dem Beschäftigungsmuster der 50er Jahre. Heute nehme die Zahl der Angestellten jedoch zu und die der Arbeiter ab. In der deutschen Metallindustrie seien lediglich 30% des technischen und nur 20% des Verkaufspersonals Gewerkschaftsmitglieder. In Schlüsselbereichen wie Datenverarbeitung und Computerindustrie sei die Präsenz der IG Metall «völlig unzureichend». Steinkühler nannte die Zahlen der weiblichen Bürokräfte. Vor 20 Jahren seien lediglich 10% der weiblichen Bürokräfte IG Metall-Mitglieder gewesen, heute sei diese Zahl auf 25% gestiegen. ■■■

Quelle: IMB Nachrichten 4, 1992

Deutschland: In der IG Medien gärt es

■■■ 1989 wurden in Hamburg unabhängige Gewerkschaften zur «Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst» fusioniert. Nach 3 Jahren sieht es so aus, als ob sich die einzelnen Gliederungen der IG kaum näher gekommen seien. Im Gegenteil: die Gegensätze würden schroffer aufleuchten als je zuvor. Der stellvertretende IG-Medien-Vorsitzende Detlev Hensche meint unverblümmt: «Vieles in den Fachgruppen läuft unkoordiniert nebeneinander her, es gibt bei einzelnen Fachgruppen auch Betreuungsdefizite, die Verdrossenheit entstehen lassen, und es gibt im klassischen Bereich der ehemaligen IG Druck und Papier eben auch das Gefühl: Wir fühlen uns jetzt nicht mehr so beheimatet in dieser IG-Medien.» Aber die Hoffnung gibt Hensche nicht auf: «Wir brauchen mindestens noch fünf bis zehn Jahre. Wäre nicht die deutsche Einigung gekommen, die soviel Energien absaugt, dass man gar nicht mehr in der Lage ist, den Blick nach innen zu richten, wären wir heute sicher schon ein Stück weiter.» ■■■

Quelle: Die Mitbestimmung 5, 92